

Mit Umweltschutz aus der Krise

Deutsche Unternehmen und Anleger haben in den vergangenen Jahrzehnten immer weniger Geld in die Erneuerung der Wirtschaft investiert. Die aktuelle Krise birgt die Chance, Deutschlands Unternehmen mit Investitionen in grüne Technologien fit für die Zukunft zu machen.

Die deutsche Wirtschaft ist am Scheideweg: Machen Politik und Unternehmen so weiter wie vor der Wirtschaftskrise, stehen Jahre niedrigen Wachstums und hoher Arbeitslosigkeit bevor. Ein konsequenter Umbau der Produktionsstrukturen in Richtung Energie- und Ressourceneffizienz, Umwelttechnologien und Klimaschutz hingegen könnte mehr Wachstum und damit mehr Jobs in aussichtsreichen Arbeitsfeldern bringen. Zu diesem Schluss kommen Forscher des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung, des Kieler Instituts für Weltwirtschaft und des IMK. Sie arbeiten im Auftrag des Bundesumweltministeriums an Wegen aus der Wachstumskrise und haben dazu erste Ergebnisse veröffentlicht.*

Die Krise hat für Deutschland besonders gravierende Konsequenzen, weil es in den vergangenen Jahrzehnten von einem Hoch- zu einem Niedriginvestitionsland geworden ist, so die Wissenschaftler. Trotz steigender Vermögenseinkommen sank die Investitionsquote stetig. Von einem Spitzenplatz im Jahr 1970 rutschte die deutsche Wirtschaft mit einer Bruttoinvestitionsquote von 18,2 Prozent unter den OECD-Durchschnitt. Diese Entwicklung ist sehr bedenklich, warnen die Autoren, denn über einen langen Zeitraum hinweg sinkende Quoten sind gleichzusetzen mit einem sukzessive veraltenden Kapitalstock.

Auch viele Auslandsengagements waren nicht besonders produktiv, zeigt die ökonomische Feinanalyse: Bis zum Ausbruch der Finanzkrise sind deutsche Vermögenseinkommen

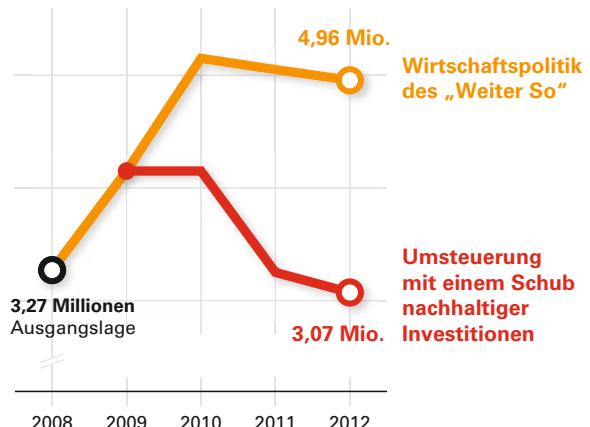
zunehmend ins Ausland geflossen, und dort nicht etwa in Unternehmen, sondern in staatliche Schuldscheine und andere Finanzanlagen. Da Investitionen in Deutschland im Wesentlichen aus Vermögenseinkommen finanziert werden, halten es die Forscher für entscheidend, dass Vermögenseinkommen durch geeignete Anreize wieder vermehrt in unternehmerische Investitionen fließen. Für die Jahre 2010 und 2011 halten sie mehr private Investitionen von je 50 Milliarden Euro für erforderlich. Der Staat müsste zusätzlich jeweils 20 Milliarden Euro beisteuern.

Deutschland sollte dabei verstärkt auf grüne Technologien setzen, so die Autoren. Sie empfehlen Investitionen unter anderem in folgende Bereiche:

Energie-Effizienz. Derzeit wird pro Jahr nur etwa ein Prozent aller Gebäude energetisch saniert. Steige diese Quote auf das Dreifache, könnte dies Investitionen in der Bauwirt-

Investitionen in grüne Jobs

Szenarien: Veränderung der Arbeitslosenzahl bei einer...



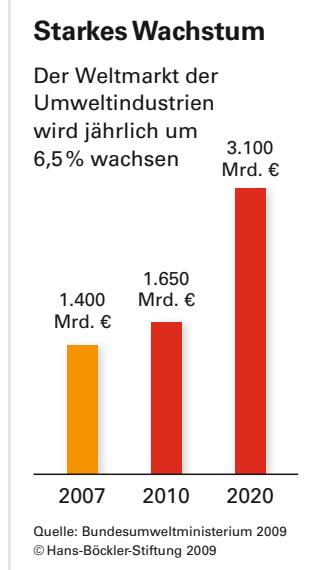
* Berechnung auf Basis der Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute
April 2009; Zahl der Arbeitslosen jeweils im Dezember des Jahres
Quelle: Jaeger, Horn, Lux 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

schaft, Anlagentechnik und der erneuerbaren Wärmeerzeugung auslösen – und damit mehr Beschäftigung.

Energie und Infrastruktur. Stromnetze, Gas- und Fernwärme sollten ökologisch umgebaut werden, erneuerbare Energien stärker zum Einsatz kommen, raten die Forscher – all das idealerweise im Rahmen einer langfristigen europäischen Energiestrategie. Diese könnte es beispielsweise ermöglichen, in großem Maßstab Solarenergie aus Südeuropa und Nordafrika zu nutzen. Für mehr Gütertransport per Bahn empfehlen die Wissenschaftler, Engpassstellen im Schienennetz zu beseitigen. Vielerorts sind Investitionen in die zum Teil bereits über 100 Jahre alte Kanalisation notwendig.

Verkehr. Hierzu zählen die Forscher die Optimierung der bestehenden Antriebe, aber auch die Entwicklung der Elektromobilität.

Auf Grundlage ihrer Vorschläge haben die Wissenschaftler die möglichen Effekte auf Wachstum und Beschäftigung errechnet: Gelingt es, zusammen mit den anderen EU-Ländern mehr in grüne Technologien zu investieren, kann im Vergleich zu einem Festhalten am bisherigen Weg eine Million Jobs über die Krise gerettet werden. 2011 könnte eine weitere Million Arbeitsplätze entstehen – besonders im Bausektor, wo wegen der energetischen Gebäudesanierung viel zu tun sein würde. Damit entstünden neue Beschäftigungsperspektiven für jene Erwerbstätigen, die auch längerfristig nicht mehr weiter Exportgüter herstellen können. ▶



* Quelle: Carlo C. Jaeger, Gustav Horn, Thomas Lux: Eckpunkte einer nachhaltigen Antwort auf die Wachstumskrise, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin, 4. August 2009

Download und Quellendetails: www.boecklerimpuls.de